

Vfg. Nr. 108/2021

Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die drahtlose Anbindung von Hörhilfen

Auf Grund des § 91 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) werden hiermit Frequenzen zur Nutzung durch die Allgemeinheit für die drahtlose Anbindung von Hörhilfen zugeteilt.

Mit dieser Allgemeinzuteilung erfolgt unter anderem die verpflichtende Umsetzung der Entscheidung 2006/771/EG zuletzt geändert durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1345 der Kommission vom 2. August 2019 im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, L 212, 13. August 2019, in Deutschland.

Die Amtsblattverfügung Vfg. Nr. 91/2018 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die drahtlose Anbindung von Hörhilfen“, veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 14/2018 vom 25. Juli 2018, und Amtsblattverfügung Vfg. Nr. 15/2014 „Allgemeinzuteilung für die drahtlose Anbindung von Hörhilfen im Frequenzbereich 169,400 MHz bis 169,5875 MHz“, veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 5/2014 vom 19. März 2014, werden aufgehoben.

1. Frequenznutzungsbestimmungen

a) Grenzwerte:

Tabelle 1: Induktive Hörsysteme zur Unterstützung von Hörgeschädigten

Frequenzen in kHz	Maximale magnetische Feldstärke in dB μ A/m in 10m Entfernung	Maximale Kanalbandbreite in kHz
8,3 – 9 (Siehe Bestimmung b))	120	./.

Tabelle 2: Technische Hörhilfen zur Unterstützung von Hörgeschädigten

Frequenzen in MHz	Maximale Strahlungsleistung (ERP) in mW	Maximale Kanalbandbreite in kHz
169,4 – 169,475	500	50
169,4875 – 169,5875	500	50
173,965 – 216	10	50
174 – 230	50	./.

b) Für induktive Hörsysteme zur Unterstützung von Hörgeschädigten (**Tabelle 1**) muss die Antennengröße kleiner als 1/20 der verwendeten Wellenlänge sein. Die Antennengröße wird durch den Abstand zwischen den beiden Punkten auf der Antenne beschrieben, die den größten Abstand zwischen sich haben (z. B. bei einer rechteckigen Antenne die größte Diagonale; bei einer kreisförmigen Antenne der Durchmesser).

- c) Frequenznutzungen von drahtlosen Anbindungen von Hörhilfen dürfen keine Störungen bei Anwendungen primärer Funkdienste verursachen und genießen keinen Schutz vor Beeinträchtigungen durch Anwendungen primärer Funkdienste.
- d) Frequenznutzungen von drahtlosen Anbindungen von Hörhilfen genießen keinen Schutz vor Störungen gegenüber anderen Frequenznutzern drahtloser Anbindungen von Hörhilfen am gleichen Einsatzort.
- e) Die einzelnen Frequenznutzer sind verpflichtet, die jeweils im Einzelfall notwendige Abstimmung über den örtlichen Frequenzeinsatz durchzuführen.

2. Befristung

Diese Allgemeinzuteilung ist bis zum 31.12.2028 befristet.

Hinweise

1. Der oben genannte Frequenzbereich wird auch für andere Funkanwendungen genutzt. Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Es besteht kein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen. Insbesondere kann es regional durch das Sendernetz für das Digitalradio DAB+ zu Beeinträchtigungen bei der Frequenznutzung kommen, die hinzunehmen sind. Hörhilfen sollten unter allen Umständen mit einem Abstand von mindestens 300 kHz zum Kanalrand eines belegten DAB-Kanals betrieben werden. Auch sind bei gemeinschaftlicher Frequenznutzung gegenseitige Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und hinzunehmen.
2. Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die dem Funkanlagengesetz (FuAG) entsprechen (§ 99 Abs. 6 TKG).
3. Aussendungen oder Abstrahlungen unterhalb von 8,3 kHz sind keine Frequenznutzung im Sinne des TKGs und bedürfen daher keiner Frequenzzuteilung.
4. Diese Frequenzzuteilung berührt nicht rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- oder Erlaubnisvorbehalte (z. B. baurechtlicher oder umweltrechtlicher Art).
5. Der Frequenznutzer ist für die Einhaltung der Zuteilungsbestimmungen und für die Folgen von Verstößen, z. B. Abhilfemaßnahmen und Ordnungswidrigkeiten verantwortlich.
6. Beim Auftreten von Störungen sowie im Rahmen technischer Überprüfungen werden für Funkanwendungen mit geringer Reichweite die gemäß Richtlinie 2014/53/EU bzw. des FuAG verabschiedeten harmonisierten Normen zu Grunde gelegt. Hinweise zu Messvorschriften und Testmethoden, die zur Überprüfung der o. g. Parameter beachtet werden müssen, sind ebenfalls diesen Normen zu entnehmen.
7. Der Bundesnetzagentur sind gemäß § 103 TKG auf Anfrage alle zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erforderlichen Auskünfte über das Funknetz, die Funkanlagen und den Funkbetrieb, insbesondere Ablauf und Umfang des Funkverkehrs, zu erteilen. Erforderliche Unterlagen sind bereitzustellen.